

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachm. außer Sonn- u. Feiertagen. Preis: halbes Jahr 1.20, ein Jahr 2.40. Einzelhefte 1.20. Adressen: Halle, Postfach 14. Herausgeber: Richard Schmetter. Einzelheftpreis: 9 Goldpfennig. In d. Württembergische u. Spalte: 88 Goldpfennig.

Einzelpreis 15 Pf.

Freitag, den 25. April 1924

4. Jahrgang Nr. 46

Heraus zum allgemeinen deutschen Arbeitertag in Halle! Arbeiter, Klassengenossen!

Dhrseigen für die WSPD.

Von Wilhelm Koenen

Wir stellen schon seit, daß die Sozialdemokraten als Steuerhelfer der Besitzenden in den Einkommensteuergesetzen für die Aufhebung der verschiedenen Besitzsteuern (Nachkriegsgewinnsteuer, Nachsteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalertragssteuer) einige kräftige Löhle bezogen haben. Wir stellen weiter fest, daß die veräuferte Erbschaftsteuer, die nach der sozialdemokratischen internationalen Verschlechterung vom Juli 1922 keine Erträge mehr liefert, im Einkommensteuergesetz ganz besonders scharf kritisiert wird.

Bei der Durchsicht der sozialdemokratischen Provinzpresse finden wir aber, daß diese nicht nur nichts über diese Löhle mitteilt, sondern sogar noch fest und klug eine statische Ehrgeiz, die durch das Einkommensteuergesetz der WSPD für ihre Umwälzungsmaßnahmen verlegt wird, in eine freundliche Liechölung umzuändern versucht. Die Einkommensteuergesetze sagen über die Umwälzungen in ihrem Gutachten:

„Wir sind im allgemeinen der Ansicht, daß diese Steuer etwas herabgesetzt werden sollte, und zwar je nach wie möglich.“

Obwohl die ganze politische Welt weiß, daß es gerade die Sozialdemokraten waren, die seit 1919 beharrlich die Erhöhung der Einkommensteuer gefordert und beantragt haben, zitiert jetzt die sozialdemokratische Presse diese Worte des Einkommensteuergesetzes mit der Bemerkung, „daß sie geradezu den sozialistischen Ausführungen entsprechen.“

So steht es wörtlich neben anderem Schwindel z. B. in der „Aller Arbeiterzeitung“ zu lesen. Angesichts dieser hahnbüchernen demagogischen Maßnahme werden wir kurz und grob die Tatsachen über die Einkommensteuer darlegen.

Die WSPD weiß, daß die Einkommensteuer, die denkbar primitivste und tollste aller Steuerformen überhaupt ist. Sie weiß, daß sie „eine Massenverbrauchersteuer größten Stils, die auch vor der Befreiung der aller notwendigsten Lebensmittel nicht halt macht“, darstellt. Nach am 22. März 1922 hat Reichstisch mit diesen Worten die Einkommensteuer als die „kärftste Belastung der arbeitenden Klasse“ gekennzeichnet.

Die Sozialdemokratie weiß, daß diese brutalste aller Verbrauchssteuern dem kapitalistischen Staat die ergiebigste Einnahmequelle ist. Im Etatjahr 1923 brachte sie 371 Millionen Goldmark; allein im Monat März d. J. sogar 118 Millionen Goldmark. So steigt mit den Preisen, die durch sie automatisch in die Höhe getrieben werden, diese schismatische Massenbelastung, die das deutsche Volk je kennengelernt hat. Mit dem Lohnsatz zusammen, den die deutschen Arbeiterklasse bekenntlich auf die WSPD, verankert, stellt die Einkommensteuer ständig den weitaus größten Teil der gesamten Ausgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Und trotz alledem haben die Sozialdemokraten seit 1919 wie toll und beßeren um weitere Erhöhungen der Einkommensteuer und bruttalen aller Steuerarten gekämpft. Im Herbst 1919 setzte die WSPD, unter Führung des Abg. Reil, in der Nationalversammlung die Erhöhung der Einkommensteuer von 1/2 auf 1/3 Prozent durch. Selbst im kaiserlichen Deutschland, in den grauenhaftesten Tagen des Krieges, wagte die reaktionäre Regierung der Junter und Kriegsheer nicht über 1/2 Prozent Einkommensteuer hinauszugehen. Die sozialdemokratischen Minister von 1919 blieb der traurige Ruhm, diese Massenplünderung maßlos gesteigert zu haben.

Aber mit diesem Rauberfolg am deutschen Proletariat nicht zufrieden, beantragte die WSPD-Vertretung unter Führung des Abg. Bernheim, bei der Steuerreform im Winter 1921/22 im Steuerantrag des Reichstages die erneute Erhöhung dieser Massenplünderungssteuer von 1/2 auf 2/3 Prozent. Die sozialdemokratischen Minister hatten zusammen mit dem Zentrumsmann Herms eine Salonge mit 3 Prozent Einkommensteuer gemocht. Die Herren Minister haben im Herbst 1921 den Städtevertretern sogar die Erhöhung der Einkommensteuer auf 3/4 Prozent in Aussicht gestellt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten aller großen Städte waren entzückt über diesen Wunderschicksal, den ihre Minister gegen die deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten und den sinkenden Mittelstand eingeleitet gebahnten.

Im Dezember 1921 tobten „Freiheit“ und „Vorwärts“ im trauten Verein gegen die Kommunisten, weil sie im Ausschuß die völlige Befreiung der Einkommensteuer

Die faschistische Reaktion triumphiert. In breiter Front marschiert sie auf, um auch in Mitteldeutschland, der selbsteigsten Kampffront des revolutionären Proletariats, Breche zu schlagen. Sie operiert nicht mit Worten, nicht mit Resolutionen; blutige, fühlbare Schläge verfehlt sie der Arbeiterklasse überall, wo sie mit ihr in Berührung kommt.

Auch Halle soll in den nächsten Tagen Aufmarschgebiet für die monarchistische Gegenrevolution werden.

Am 11. Mai soll das in der Neujahrsnacht 1923 gepregte Molot-Standbild wiedererrichtet und „eingeweicht“ werden. Diese Wiedererrichtung eines monarchistischen Höhenbildes nehmen die Faschisten, die konterrevolutionären Generale und die hochverräterischen Funktionäre zum Anlaß, eine Heereskampagne zu organisieren.

Mehr als hunderttausend Faschisten sollen an diesem Tage und am Tage vorher mit 78 von der Eisenbahndirektion Halle eingeleiteten Sonderzügen aus allen Teilen des Reiches in Halle eintreffen und an der Denkmalseinweihung teilnehmen. Der Aufmarsch am 11. Mai in Halle soll der Schlupfseiler des faschistischen Siegeszuges über die deutsche Arbeiterklasse werden.

Die Arrangements lassen auch keinen Zweifel darüber aufkommen, welchen Charakter diese Veranstaltung haben soll. Offen und brutal erklären sie, daß, wenn diese monarchistische Kundgebung etwa auf Grund des Belagerungszustandes von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kunge oder von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Höring oder von dem sozialdemokratischen Polizeiminister Severing verboten wird, daß sie sich dann diese Kundgebung mit allen Mitteln erzwingen und jeden, der sich ihnen in den Weg stellt, beiseite werfen werden.

Die Monarchisten können beruhigt sein.

Die öffentlichen Kundgebungen der Arbeiter am 1. Mai sind zwar auf Grund des Belagerungszustandes und wegen Gefährdung von Ruhe und Ordnung verboten worden, nicht aber die faschistische Kundgebung am 11. Mai, die schon seit Wochen vorbereitet wird und von der sozialdemokratische Polizeipräsident Kunge und die Regierung Kenntnis haben. Jahrzehntlang hat die Arbeiterklasse Jahr für Jahr am 1. Mai demonstriert und ihre Forderungen in die kapitalistische Welt hinausgeschrien.

Heute, nach dem Verlust des Nachkundentages und der vollständigen Verflachtung durch die deutsch-französischen Prozentpatrioten, dürfen sie am 1. Mai nicht mehr demonstrieren, haben sie nicht mehr das Recht, auf die Straße zu gehen und ihren Willen kundzutun. Heute beherrschen die deutschfaschistischen Mordbanditen der Schwerindustrie und der Großagrarier die Straßen, heute können und dürfen nur noch die Sturm- und Stoßtrupp der kapitalistischen Räuber und Mörder unter dem Schutz von „republikanischer“ Reichswehr und Schutz und unter Führung der Kriegsverbrecher Hindenburg, Waerder, Madensen, Eisingen, Below, des Walfiskus-Abenteurers und Arbeiterlästigers v. d. Goltz, des hochverräterischen Funktionärs Ludendorff usw. auf der Straße demonstrieren.

Und es regt sich niemand von den sozialdemokratischen Beamten, weder der Polizeipräsident Kunge in Halle, noch der Regierungspräsident Bergemann in Merseburg, noch der Oberpräsident Hering in Magdeburg, noch der Polizeiminister Severing in Berlin.

Sie können und dürfen sich nicht regen, weil sie sonst von ihren Kösten und Wänden von den faschistischen Mordbanden heruntergeprügelt würden. Und darum lassen sie schon Heber die deutschfaschistischen Banditen gewähren, ja sie bieten alle ihre untergeordneten Organe, Reichswehr und Schutz auf, damit die faschistische Kundgebung vor dem monarchistischen Höhenbild programmäßig verläuft und nicht etwa von Arbeitern gestört werden kann.

Das reaktionäre Kapitalisten- und Schwarzarbeitergeindel und auch die sozialdemokratischen Hüter der bürgerlichen Ordnung sollen sich diesmal nicht täuschen.

Die mitteldeutsche Arbeiterklasse wird ihre revolutionäre Tradition weder vergessen noch verleugnen. Sie wird nicht zulassen, daß Halle zum Schlupfseiler des faschistischen Triumphes wird.

Sie wird nicht zulassen, daß in Halle die „deutschfaschistischen“ Kampferbände am 11. Mai aus ganz Deutschland unter Führung von Hindenburg, Ludendorff, Waerder, Madensen, v. d. Goltz, und wie die weißen Generale alle heißen, demonstrieren werden.

Die mitteldeutsche Arbeiterklasse wird der Kampffront der Bourgeoisie die Kampffront des revolutionären Klassenbewußten Proletariats entgegensetzen.

Marschiert die Bourgeoisie mit hunderttausend Mann auf, dann wird das Klassenbewußte Proletariat zweihunderttausend Mann auf die Beine bringen.

Und wagen es die „republikanischen“ Behörden, die Demonstration und den allgemeinen deutschen Arbeitertag in Halle zu verbieten, während sie den vollständigen Faschistenbanden alle Kundgebungen in Uniform und Waffen gestatten, dann wird sich die mitteldeutsche Arbeiterklasse gleichfalls das Recht auf die Straße erzwingen.

Keinmal werden die Klassenbewußten Arbeiter Mitteldeutschlands zulassen, daß der Faschismus auch in Mitteldeutschland triumphiert. Wenn sich die Regierung zu ohnmächtig fühlt, gegen die Provoaktionen des „deutschfaschistischen“ Mordgeindels einzuschreiten, dann wird die Arbeiterklasse alles anbieten, um den größtmöglichen Verbrechern der Provoaktionen so heimguzahlen, daß sie das Wiederkommen für immer vergessen.

Arbeiter Mitteldeutschlands!

Arbeiter des ganzen Reiches!

Duldet nicht, daß am 11. Mai die monarchistischen Kampferbände des ganzen Reiches unter Führung der weißen Generale in Halle aufmarschieren.

Organisiert für den 11. Mai eine wuchtige Kundgebung und bietet alles auf, um der reaktionären Meute Euren entschlossenen Kampfwillen zu zeigen.

Schickt aus allen Städten des Reiches Delegationen zu dem allgemeinen deutschen Arbeitertag in Halle!

Am 11. Mai darf Halle nicht ein Kampfsammelplatz faschistischer Horden werden, sondern muß ein Kampfsiegessäg des revolutionären Klassenbewußten Proletariats Deutschlands sein.

Darum auf zum 11. Mai nach Halle!

Es lebe der Kampf für den Sozialismus!

Es lebe das unbeflegbare Proletariat!

Nieder mit dem Faschismus!

Hoch die Solidarität des Klassenbewußten Proletariats!

Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg.

Bezirksleitung der Kommunist. Jugend Halle-Merseburg.

Bezirksstättel des ADGB Halle-Merseburg.

Gegen die Schwundelaktion des ADGB.

Das Politbüro der Zentrale der SPD. wird uns mitgeteilt: Der Antrag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hat der SPD. beifolgend, nach den Reichstagswahlen dem neuen Reichstag ein Volksbegehren einzubringen, um einen Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens des Bitterbundes über den Arbeitsvertrag herbeizuführen.

Der ADGB. weiß, daß das deutsche Proletariat sich mit allen Mitteln gegen die unerträglichen Verhältnisse zur Wehr setzen wird, die die in- und ausländischen Kapitalisten mit der Annahme des Schwundel-Abkommens-Vertrags ihm auferlegen wollen. Diesen bevorzugen sie und sich jetzt schon anbahnenden Kämpfen, die als nächste Ziele wissenschaftliche Vorkämpfungen, die Wiedererringung des Arbeitsvertrages und der Siedelungsentscheid und die Einleitung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess haben werden, laßt der ADGB. sich von vornherein durch ein parlamentarisches Manöver die Spitze abbrechen.

Der ADGB. weiß, daß in Deutschland der Secht- und Jarett-Vertrag der Arbeitsvertrag nicht durch den Stimmpfeil, sondern nur durch den Kampf mit den schärfsten Mitteln erzwungen kann. Dieser Kampf will er verhindern. Die Arbeiter sollen abstimmen und nicht kämpfen! Noch dazu soll die Abstimmung gar nicht der Wiedereinführung des Arbeitsvertrages als Ziel dienen, sondern der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens!

Dieses Manöver des Bitterbundes erkennt den Arbeitsvertrag als „Kampfmittel“ an, wie die Gesetze des deutschen Reiches ihn anerkennen. Bei aller prinzipiellen Anerkennung läßt er aber auch die Türen und Tore offen, um den Arbeitsvertrag in der Praxis zu befechten. Eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens würde der Arbeiterschaft ebensowenig den Arbeitsvertrag sichern, wie es das bisherige prinzipielle Festhalten der deutschen Arbeiterschaft getan hat.

Diese ganze Aktion ist nichts anderes, als plumper Schwindel zur Verhinderung der sich anbahnenden Kämpfe und zum Schwund der Wahlkraft für die Sozialdemokratie. Die kommunistische Partei wird diesem Manöver mit aller Macht entgegenzutreten. Nicht durch eine Abstimmung für das Washingtoner Abkommen, sondern nur durch die Auslösung, Organisation und Steigerung der Arbeitskämpfe des Proletariats, so kämpfen um die politische Macht, wird der Arbeitsvertrag gesichert werden können.

Mann über Bord!

(Eig. Ver.) Hamburg, 24. April.

Der sozialdemokratische Volkskandidat Jense in Hamburg ist an der üblichen Krankheit aus dem Amte „gehoben“. Gesundheitsstörungen. Sie stellen immer zur rechten Zeit sich ein. Jense war ein tüchtiger Kommunistenführer. Auch ein Feind von Streiks. Gegen die freitenden Wertarbeiter mobilisierte er Technische Räte und Schupo-Massenaufgebote. Jense war so reaktionär, daß er selbst in den Kreisen der Sozialdemokratie schweren Anstoß erregte. Man hat die Rückfahrlinien auf Wahlkandidaturen in Frage gestellt. Seine Krankheit soll die Rechtfertigung abgeben. Man schließt den Jense aber nicht aus, wie könnte man auch? Sind doch Herr. Jense schon immer nach Ehrenmitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Solche Krankheitsfälle wie die Jenses weisen nicht die Mutschuld von der Sozialdemokratie ab.

Die Sozialdemokratie kämpft

In einem Artikel „Voll, entscheide Dein Schicksal“, Nr. 185 des „Vorwärts“ liest man unter anderem:

„Durch die Annahme der Sachverständigenkommissionen ist der Kampf gegen den französischen Imperialismus aufgenommen, der Kampf mit den einzigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, nämlich mit denen einer klugen Politik.“

Die Sozialdemokratie reklamiert für sich die Ehre, Vater dieser klugen Politik zu sein. Bei dieser klugen Politik“ sehen wir an einem Strande mit Strejmann und der deutschen Schmierindustrie unter Führung des Dr. Sorge. Mit dieser klugen Politik werden dem deutschen Proletariat ungeheure Leiden aufgebürdet, das Kapital macht brillante Geschäfte, die Reichsbahnen mahnen man zu Vorkämpfungen und das ganze wertvolle Volk zu Ruins des internationalen Kapitalis.

Der ADGB. als Wahlmacher der USPD.

Kommunistenheße im Interesse der Verfassungspolitik

(Eig. Ver.) Berlin, 24. April.

Die neunte Nummer der „Genossenschaftszeitung“ des ADGB. enthält unter der Überschrift: „Arbeiter, wählt keine Genossenschaftsleiter“ folgende Kampflinien gegen die Kommunisten:

„Vange Jahre haben die Genossenschaften in Beachtung der Münchener Kongressbeschlüsse zur parteipolitischen Neutralität das Treiben der kommunistischen Partei über sich ergehen lassen, ohne sich in der gebotenen Weise zur Wehr zu setzen. Nachdem aber der Zentralvorstand der kommunistischen Partei auch noch die besondere Parole zur Einberufung eines kommunistischen Genossenschafts-Kongresses herausgegeben hat, ist das Maß überfüllt. Diesen süßlichen Angriffen gegenüber noch länger in vornehmer Zurückhaltung zu verharren, käme der Preisgabe jeder Selbstachtung gleich. Das ist niemals Sinn der Verpflichtung zur parteipolitischen Neutralität gemeint. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, den Genossenschaftsmitgliedern ersichtlich die Frage vorzulegen, ob sie wirklich noch in der kommunistischen Partei eine Genossenschaftsbewegung für sich erblicken können. Zur Beantwortung dieser Frage ist am 4. Mai Gelegenheit gegeben. Die Antwort kann nur die Zurückweisung jedes kommunistischen Stimmpfeils und die Wahl des wählbaren sozialdemokratischen Vertreters sein!“

Zum erstenmal wird damit der ADGB-Vorstand die schon längst durchgeführte Maske der „parteipolitischen Neutralität“ ab und gibt die Parole aus: „Keine Stimme den Kommunisten, wählt nur Sozialdemokraten!“

Wählt Sozialdemokraten, die auch das Ermächtigungsgesetz, die Secht-Diktatur, die Arbeitszeiterordnung und die Zmararbeit befehlen haben, die der Technischen Räte, die Millionen mittel bewilligen, die den Rechten das Koalitionsrecht rauben und die auch jetzt die Regelung der Altersfragen nach den Vorschriften der Sozialversicherungs-Gesetze durchzuführen helfen wollen!

Der ADGB-Vorstand geht mit dieser unverschämten Forderung für die sozialdemokratischen Schädlinge der Arbeiterinteressen und der Genossenschaftsbewegung weit über die Stellungnahme der süßlichen Landesparlamenten des ADGB. hinaus, die bei den Landtagswahlen zwar für die Sozialdemokratie Propaganda machen, die aber den Ruf: „Wählt keine Kommunisten!“ vernichten.

Was hat den ADGB-Vorstand demogen, die letzte Maske abzuwerfen und sich mit beiden Händen in die „politische Aktion“ der sozialdemokratischen Wahlpropaganda zu werfen, die von den

Genossenschaftsmitgliedern aufgebracht Mittel für die sozialdemokratische Wahlmaske zu verpulvern? Der Artikel der „Genossenschaftszeitung“ legt den Grund: „Weil die Kommunisten in den letzten Monaten sich entschlossen und tatkräftig als Führer an die Spitze der Abwehrkämpfe gegen das Kapital gestellt haben und damit der Sabotage und den Streikbrüchigkeiten der Kommunisten schon gehörig Abbruch getan haben! Darum führen die Arbeiterdammer Arbeitervertreter den Kampf gegen die Halbenemittete Arbeiterschaft mit allen Mitteln, darum wollen sie die Genossenschaften und darum kämpfen sie die Verbandstage zu internen sozialdemokratischen Angelegenheiten.“

Die Bourgeoisie verlangt von ihren reformistischen Kaffain, daß sie jeden Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Verfassung durch das internationale Kapital verhindern, daß sie die ganze Durchführung der Sachverständigenkommissionen ermöglichen sollen. Die Reformisten haben diese Streikbrüchigkeit und Verräterrolle übernommen. Im Auftrag der Bourgeoisie leisten sie ihre Fortschrittswahlarbeit in den Genossenschaften, entfalten sie ihre schändliche Propaganda gegen die Kommunisten. Wer das Freudengefühl der bürgerlichen Presse über den Textilarbeiter-Verbandsstag gehört hat, kann schon daraus erkennen, welchen Interessen in Gaiet vertreten werden. Nicht die der Arbeiterschaft!

Die Wahlparole des ADGB-Vorstandes zeigt, daß die reformistische Genossenschaftsleitung nur noch einen Kampf kennt, den Kampf gegen die Halbenemittete Arbeiterschaft, im Interesse der Bourgeoisie.

Die Arbeiterschaft, die gegen die Verfassung durch das internationale Kapital kämpfen, die sich gegen weitere Verelendung und völlige Vernichtung zur Wehr setzen will, muß die Pläne der halbenemitteten Reformisten vereiteln.

Nicht gibt es, sich nur einigen Kampffronten zusammenzuschließen! Der dem ADGB-Vorstand so verhasste Arbeiterkongress wird die Aufgabe haben, die Kämpfe der Arbeiterschaft einheitlich zusammenzuführen. Den Widerstand des Proletariats gegen die internationale Ausbeutergesellschaft zu organisieren und in die Wege zu leiten.

Arbeiter, geht auf die Kampflinien des ADGB-Vorstandes eine deutliche Antwort!

Verhärte die Arbeit in Genossenschaft und Betrieb!

Gestaltet den 1. Mai zu einer würdigen Demonstration Eures Kampfs und Einheitswillens!

Küßt zum Arbeiterkongress!

Wählt am 4. Mai Kommunisten!

2. Internationale Konferenz kommunistischer Genossenschaftler

Gemäß dem Beschluß der I. Internationalen Konferenz kommunistischer Genossenschaftler hat die Kooperations-Sektion des CYPR. beschloffen, für den 1. Mai 1924 — fünf Tage vor der Eröffnung des V. Weltkongresses der kommunistischen Internationale — die II. Internationale Konferenz kommunistischer Genossenschaftler nach Moskau einzuberufen.

Die Tagesordnung der Konferenz ist folgendermaßen festgelegt:

1. Bericht der Kooperations-Sektion. (Referent: der Sektionsleiter.)
2. Die Rolle der Genossenschaften in der gegenwärtigen Phase der proletarischen Revolution.
 - a) Sowjetländer.
 - b) kapitalistische Länder.
 (Referenten: je ein Delegierter aus Rußland und Deutschland.)
3. Die internationalen Aufgaben der Genossenschaftsbewegung. (Referenten: je ein Delegierter aus England und der Tschechoslowakei.)
4. Genossenschaften und Genossenschaften. (Referenten: der Generalsekretär der Roten Genossenschaftsinternationale und ein Delegierter aus Frankreich.)
5. Die Frauen und die Genossenschaftsbewegung.

6. Wahlen.
7. Beschlüsse. a) Genossenschaftspropaganda, b) Mieter- und Siedlungs-genossenschaften u. a.
- Punkt 2 der Tagesordnung umfaßt auch die Frage der Genossenschaftsbewegung des Mittelstandes.
- Punkt 3 der Tagesordnung umfaßt auch die Frage der Oppositionsformen der oppositionellen und revolutionären Elemente in der Genossenschaftsbewegung.

Moskau, 2. April 1924.
Mit kommunistischem Gruß
Sekretär der Kooperations-Sektion.
G. Kramarov.

Zwei Jahre Kontext — Erfolg für die Arbeiter

Vor zwei Jahren lagte der Verwaltungsrat der Remy AG. in Wuppertal (Belgien) den Beschluß, 57 Arbeiter, die sich an einem Streik beteiligt hatten, nicht mehr einzustellen. Die Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genusmittelindustrie verhängte darauf den Boykott über die Firma. Jetzt, nach zwei Jahren, hat der Verwaltungsrat seinen Beschluß widerrufen. Die Genossregeln wurden wieder eingeführt, die Arbeiter unter ihnen personell. Der Boykott wurde demogen angeschlossen.

Reste - Tage

Freitag ☞ Sonnabend ☞ Montag

Große Mengen Reste aus allen Abteilungen
Kleider- und Seidenstoffe, Waschstoffe aller Art
Leinen- und Baumwollwaren, Gardinen, Läuferstoffe usw.
Spitzen, Bänder, Stickereien

legen wir zu außerordentlich günstigen Preisen auf Sondertischen im Lichthofe unserer Geschäftsräume Gr. Ulrichstr. sowie in unserer Filiale ‚Rannischer Platz‘ zum Verkauf aus

Brummer Benjamin

Große Ulrichstraße 22/24
Rannischer Platz

